

ippnw akzente

information der ippnw
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung

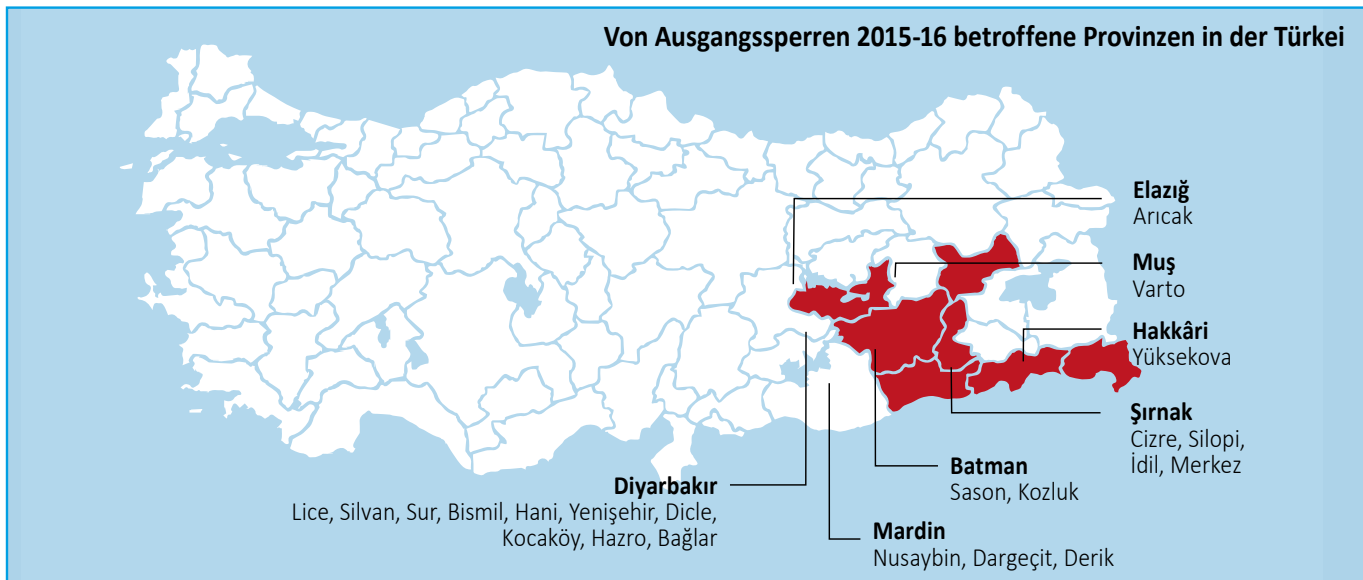


Teilnehmer*innen: Susanne Dyhr,
Johanna Gaub, Neşmil Ghassemlou,
Ingrid Heinlein, Friedrich Roeingh,
Friedrich Vetter, Uwe Weitzmann

Foto: Friedrich Roeingh

Türkei: Nach dem Beben

Eine Reise in den Südosten der Türkei vom 13. bis 23. März 2023



Quelle: Türkische Menschenrechtsstiftung TIHV 2016

Ausnahmezustand 2015-16: Gewalttätige Proteste von kurdischen Jugendlichen wurden von der Regierung mit tagelangen Ausgangssperren, massivem Militäreinsatz, Zerstörung ganzer Stadtviertel und Vertreibung der Bevölkerung beantwortet.

////// INHALT ////////////////

Editorial	03
Van: Das Menschenrecht auf Gesundheit	04
Psychosoziale Arbeit zwischen Repressionen, Engagement und staatlichen Hindernissen	05
Van: EU-Abschottungspolitik in der Praxis	09
Van: Zwangsverwaltung und kontrollierte Freiheit	10
Diyarbakir: Zwangsverwaltung und Erdbeben	11
Adiyaman: „Ich muss lernen, wieder glücklich zu sein“	12
Adiyaman: Sieben Wochen nach der Apokalypse	13
Drei Begegnungen mit mutigen Frauen	15
Der gescheiterte Sturz eines Autokraten	16
Ein Brief zur Wiederwahl von Präsident Erdoğan	18
Brief der Neuen Richtervereinigung an die Außenministerin	19

////// RUBRIKEN ////////////////

Glossar	02
Fotoseite: Gesprächspartner*innen	08
Fotoseiten: Newroz, Reiseeindrücke	20
Kontakt, Impressum, Spendenmöglichkeit	24

Glossar

AKP: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung. Regiert seit 2002, vertritt einen neoliberalen Wirtschaftskurs und den Umbau zu einem islamistisch-religiös geprägten Staat, außenpolitisch zunehmend einen nationalistischen, neosmanischen Expansionskurs.

Architektenkammer: Zusammenschluß von Architekten und Bauingenieuren. Übt heftige Kritik am offiziellen Wiederaufbau der 2015/16 durch das Militär zerstörten Stadtteile (Sur in Diyarbakir, Cizre, Şırnak)

Ausgangssperren 2015-16: Strafmaßnahmen gegen widerständige kurdische Dörfer und Städte. Hunderte von Zivilist*innen wurden getötet, Wohngebiete durch das Militär geplündert. Bis heute werden die Ausgangssperren fortgesetzt, wenn auch in geringerem Ausmaß.

HDP: Demokratische Partei der Völker. Linke, überwiegend kurdische Partei. Führende Politiker*innen sind seit mehreren Jahren ohne faires Gerichtsverfahren im Gefängnis, viele Mitglieder werden mit Prozessen und Terrorismusvorwürfen überzogen.

IHD: Menschenrechtsverein, vertreten in allen großen Städten der Türkei, dokumentiert täglich Menschenrechtsverstöße in der Türkei

PKK: Arbeiterpartei Kurdistans, eine kurdisch-sozialistisch ausgerichtete militante Untergrundorganisation. Ihr 1999 verhafteter Gründer Abdullah Öcalan ist für viele Kurd*innen symbolische Figur des kurdischen Widerstandes.

ÖHD: Jurist*innen für die Freiheit. Kurdische Anwält*innen, die sich v.a. um politische Gefangene kümmern und Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen nachgehen.

Ärzttekammer: Zivilgesellschaftliche Vertretung von Ärzt*innen. Viele Mitglieder werden verfolgt, Spitzenfunktionäre stehen oft vor Gericht.

TIHV: Türkische Menschenrechtsstiftung, unterhält mehrere Behandlungszentren für Folteropfer in der Türkei. TIHV war führend bei der Ausarbeitung des Istanbul-Protokolls zur Dokumentation von Folterspuren und gibt eine tägliche Zusammenstellung von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei heraus.

Newroz: kurdisches und persisches Neujahrsfest am 21. März, für die Kurd*innen im Südosten der Türkei öffentlicher Ausdruck ihres Widerstandes gegen die Kurdenpolitik der türkischen Regierung

Zwangsverwalter: Viele Kommunen mit gewählten HDP-Bürgermeister*innen wurden von der AKP-Regierung nach den bewaffneten Auseinandersetzungen 2015/16 unter Zwangsverwaltung gestellt.



ADIYAMAN IM MÄRZ 2023

Editorial: Nach dem Beben

Auf Wunsch der Gruppe schreibe ich dieses Editorial, obwohl ich diesmal nicht dabei war. Bei der Passkontrolle in Istanbul wurde mir die Einreise verweigert. In der Abteilung für unerwünschte Gäste des Flughafens wurde ich erkennungsdienstlich behandelt und mit dem nächsten Flieger nach Hamburg abgeschoben. Ich wurde höflich und sachlich behandelt und erfuhr, dass mir wegen „Gefährdung der Sicherheit“ eine Einreisesperre für fünf Jahre erteilt werde. Zum Glück waren die anderen Reisetilnehmer*innen schon in der Stadt, so dass die Sicherheitsbehörden keine Verbindung zu mir herstellten und sie ihre Reise unbehelligt fortsetzen konnten.

Die Gruppe war in diesem Jahr besonders multiprofessionell zusammengesetzt, was sich in den einzelnen Berichten spiegelt. Dabei lassen sich Wiederholungen unter den verschiedenen Gesichtspunkten nicht ganz vermeiden.

Wir waren nach dem Erdbeben sehr unsicher, ob wir überhaupt zu diesem Zeitpunkt reisen sollten, da unsere Gesprächspartner*innen alle in der einen oder anderen Form mit der Hilfe für die Opfer und mit dem Wahlkampf sehr beschäftigt waren. Sie haben uns dann aber versichert, wie wichtig unsere Solidarität gerade jetzt sei und haben sich Zeit für uns genommen. Dadurch konnten wir auch den Großteil der gesammelten Spenden persönlich übergeben.

In Van, das außerhalb des Erdbebengebietes an der iranischen Grenze liegt, ging es um Flüchtlinge, Binnenvertriebene aus dem Erdbebengebiet, Umweltprobleme und Frauenrechte. Die Anwältin und Frauenrechtlerin Dilan Kunt hat für die Grüne Linke Partei (Yeşil Sol Parti) einen Sitz im Parlament in Ankara errungen. Wir

sind nicht sicher, ob wir sie zu diesem gefährlichen Sieg beglückwünschen sollen. Denn die meisten kurdischen Abgeordneten des letzten Parlaments haben ihre Immunität verloren, stehen unter Anklage oder sind zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

In Diyarbakir hat das Erdbeben einige Hochhäuser zerstört und viele unbewohnbar gemacht. 400 Menschen sind gestorben, etwa 200.000 sind obdachlos. Trotz der Warnung ziviler Helfer*innen wurden sie in Zelten am Tigris untergebracht. Bei einer Überschwemmung im März 2023 wurde das Lager dann zerstört und die Menschen mussten erneut in Studentenwohnheime und Container umziehen, zu denen den zivilen Helfer*innen der Zugang verweigert wurde. In allen Gesprächen zeigte sich, wie groß die Belastung für die Helfer*innen ist. Neşmil Ghassemlou konnte in einigen Fällen als erfahrene und kurdischsprachige Psychotherapeutin für etwas Entlastung sorgen. Sie wird das auch weiterhin online für eine Gruppe von Psycholog*innen im Erdbebengebiet tun.

Die Wahlen waren diesmal mit der großen Hoffnung verbunden, den Präsidenten und sein autokratisches repressives System loszuwerden. Nach der Wahl herrschte bei unseren Freund*innen eine Schockstarre, die sich erst allmählich löst. Unsere Gedanken sind bei den politischen Gefangenen, deren Martyrium nun weitergeht.

Wir planen für den Herbst 2023 wieder einen Gegenbesuch unserer kurdischen Freund*innen in Berlin und Hamburg und eine weitere Reise im März 2024. Unsere Zeugenschaft und Solidarität ist wichtiger denn je.

Dr. Gisela Penteker



DER VAN-SEE

Das Menschenrecht auf Gesundheit fängt beim Naturschutz an

Erwartungsvoll wurden wir bei der Umweltorganisation Çev-Der in Van begrüßt. Meist liegt die Aufmerksamkeit wenig auf den Umweltthemen, für die sich die Organisation starkmacht. Das sei bei uns anders, davon ging der Leiter der Organisation, Ali Kalçık aus. Die im Jahr 2005 gegründete Organisation Çev-Der versucht mithilfe von Öffentlichkeitsarbeit und Klageverfahren die Natur und ihre Funktion als Lebensgrundlage des Menschen zu schützen.

Die Arbeit der Organisation fokussiert sich auf Umweltprobleme in der Region. Van liegt am gleichnamigen größten See der Türkei. Der Van-See ist hochalkalisch und der größte geschlossene Soda-See der Welt. In Van kann es im Winter bis zu minus 20°C kalt werden. Aufgrund seiner Eigenschaften friert der See jedoch nicht zu. Wegen der besonderen Bedingungen überlebt nur eine Fischart (Karpfen) in dem Gewässer.

Zum Laichen ziehen sie jedoch die 102 Zuflüsse des Sees hinauf. Auch wenn nicht direkt sichtbar, ist der tiefblaue See in einem sehr schlechten Zustand. Die durch den Klimawandel verursachte Trockenheit beeinflusst den Wasserstand des Sees und seine Fischpopulation stark. Hinzu kommt ein großes Maß an Umweltverschmutzung.

Täglich fließen 56.000 m³ Abwasser aus den umliegenden Städten mit ca. 1,2 Millionen Einwohner*innen in den See. Ein Problem sei insbesondere die Kläranlage der Stadt Van, sagt Ali Kalçık. Die im Jahr 1972 erbaute Anlage sei viel zu klein und werde schon länger nicht mehr gewartet. Zudem seien die Schäden, die an der Anlage durch das Erdbeben im Jahr 2011 entstanden, nicht ausreichend behoben worden. Der Leiter der Organisation Çev-Der ist deshalb sehr um den See besorgt. Da die Abwässer auf den Grund des Sees sin-

ken, sei das Ausmaß der Problematik für die Menschen nicht sichtbar. Deshalb würden sich kaum jemand für den Zustand des Sees interessieren. Auch gebe es keinen Austausch zwischen der Umweltorganisation und der Stadtverwaltung der Stadt Van, was Ali Kalçık bedaure. Das liegt unmittelbar daran, dass die gewählte Administration abgesetzt und durch einen Zwangsverwalter ersetzt wurde.



Neben dem Van-See machte uns Ali Kalçık auf zwei weitere aktuelle Anliegen der Organisation aufmerksam. So kritisierte er den Bau einer Kupfer-Gold-Mine im Nordosten der Türkei nahe der armenischen Grenze (Hod-Maden- Projekt). Die bei den Arbeiten verwendeten Chemikalien seien sehr schädlich für die Umwelt. Zudem mache er sich große Sorgen wegen des armenischen Atomkraftwerks Metsamor (Mezamor). Das seit

1976 betriebene Kraftwerk sollte bereits im Jahr 2005 geschlossen werden. Dennoch wurde seine Laufzeit zunächst bis 2018 und nun sogar bis 2028 verlängert. Problem sei nicht nur das Alter der Anlage, sondern insbesondere die hohe seismische Aktivität in der Region. Bereits 1988 kam es zu einem Erdbeben nördlich des Kraftwerks, was zunächst zu seiner Abschaltung führte. Jedoch ging das Kraftwerk schon 1995 erneut ans Netz. Es produziert heute 40 Prozent des armenischen Energiebedarfs. Die Gefahr einer weiteren Erdbebens und die Auseinandersetzungen rund um den nahegelegenen Berg Karabach erhöhen das Risiko einer Atomkatastrophe. Der Verein Çev-Der setzt sich für die Schließung des Kernkraftwerks ein. Für seine Aktivitäten ist der spendenbasierte Verein an internationaler Vernetzung und Austausch interessiert.

Susanne Dyhr



ADIYAMAN: CAMP FÜR ERDBEBEN-ÜBERLEBENDE

Psychosoziale Arbeit: Zwischen Repressionen, Engagement und staatlichen Hindernissen

Über die Unterstützung von Geflüchteten, feministische Arbeit, Menschenrechtsarbeit für Inhaftierte und traumapädagogische Projekte nach dem Erdbeben

Während unserer Reise haben wir sehr unterschiedliche Vereine und Stiftungen getroffen, die mit dem Ansatz der psychosozialen Arbeit verschiedenste Menschen aus der Gesellschaft unterstützen. Dieser Arbeitsansatz ist eine fundamentale Säule ihrer Tätigkeiten und wird Betroffenen individuell wie auch kollektiv angeboten. Diese wichtigen und langfristigen Aufgaben verrichten u. a. Sozialarbeiter*innen, die wegen ihrer Tätigkeiten immer wieder Repressionen ausgesetzt sind oder (wie nach dem verheerenden Erdbeben) an der Arbeit gehindert worden sind.

Zu den Organisationen gehören der Verein Serhat Göç, der (Binnen-) Geflüchtete bei der Integration unterstützt oder Stiftungen wie TIHV, die Menschen und ihre Angehörigen während oder nach der Inhaftierung psychosozial begleiten. Außerdem trafen wir auch feministische Vereine wie STAR-Kadın Derneği, ROSA und den Kinderrechtsverein Rengarenk, die sich auf individueller und struktureller Ebene gegen patriarchale Strukturen einsetzen und nach dem Erdbeben in den betroffenen Gebieten direkte und dauerhafte Projekte und Netzwerke initiiert haben.

Serhat Göç

Serhat Göç entstand bereits in den 90er Jahren in Van, nachdem sich viele Kurd*innen aufgrund der Zerstörung ihrer Dörfer durch das türkische Militär ein neues Leben in den Städten aufbauen mussten. Da die Menschen ökonomisch und sozial nur das Landleben kannten und die türkische Sprache nicht beherrschten, war es für sie eine große Herausforderung, sich in Großstädten zurechtzufinden. Serhat

Göç unterstützte damals die Binnengeflüchteten dabei, im urbanen Leben einen Neuanfang zu machen. Eine der heutigen Mitarbeiter*innen berichtet, dass sie selbst in den 90er Jahren mit ihrer Familie nach Van geflohen ist. Infolge des Krieges in Afghanistan spielt das Thema Flucht in der Grenzstadt zum Iran weiterhin eine große Rolle. Daher besteht Serhat Göç bis heute und ist eine Anlaufstelle für Geflüchtete wie auch Menschen auf der Flucht, die aus Ländern wie Iran und Afghanistan kommen. Neben der Wohnungssuche oder Vermittlung von Ärzt*innen macht der Verein auch Forschungsarbeit zu Grenzgewalt und den Auswirkungen der türkischen Migrationspolitik. In Folge des Erdbebens hilft der Verein wieder Binnengeflüchteten, die aus den betroffenen Gebieten in Städte wie Van migriert sind. In Zusammenarbeit mit der HDP organisierte Serhat Göç im März Wohnungen für rund 500 Familien (rund 6.000 Menschen) und sammelte Pakete mit Kleidung und Nahrungsmitteln für die ankommenden Überlebenden des Erdbebens.

TIHV – Türkische Menschenrechtsstiftung

Die Menschenrechtsstiftung TIHV konnten wir in Van und in Diyarbakir treffen. TIHV ist in seinen Aufgabenbereichen sehr breit und interdisziplinär gefächert, weshalb in der Stiftung Anwält*innen, Ärzt*innen, Psycholog*innen wie auch Sozialarbeiter*innen tätig sind. Sie setzen sich juristisch, medizinisch und psychosozial für die Betroffenen staatlicher Menschenrechtsverletzungen ein. Neben der Dokumentation von Abschiebungen in Länder wie Afghanistan, und der Organisation von Wahlbeobachtungen liegt der Schwerpunkt ihrer Arbeit darauf, Menschen mit physischen und psychischen Gewalt- und Foltererfahrungen in der Haft oder bei Festnahmen juristisch und psychosozial zu unterstützen. Aufgabe der Sozialarbeiter*innen ist die Resozialisierung der Betroffenen in die Gesellschaft und in das familiäre Umfeld nach einer oft jahrelangen

Inhaftierung. Dabei wird das Familiennetz der Betroffenen beim Unterstützungsbedarf selbstverständlich mitberücksichtigt. So erhalten auch erwachsene Familienangehörige Hilfe, wie etwa Psychotherapie, wenn diese durch die Repressionen wie Hausdurchsuchungen und die Abwesenheit von Angehörigen stark leiden. Psychotherapien für Kinder übernehmen in Kooperation mit TIHV andere Stiftungen. Auch die jahrelange Abwesenheit der jeweiligen Eltern- teile oder der Kinder, die in der Türkei bereits ab dem zwölften Lebensjahr inhaftiert werden können, stellt eine große Belastung für den Rest der Familie dar. Neben dem emotionalen Verlust der Familienmitglieder sind diese von ökonomischen Problemen und staatlichen Einschüchterungen betroffen. Nach der Entlassung leiden die ehemals Inhaftierten unter starken gesundheitlichen Beschwerden, was mit der psychischen und physischen Folter und der schlechten Gesundheitsversorgung in den Gefängnissen zu tun hat. Hinzu kommt, dass entlassene Menschen mit großen Schulden zu kämpfen haben, da sie für die während der Haft entstandenen Unkosten wie Strom und Essen aufkommen müssen. Das führt zu einer Spirale weiterer Repressionen und weiterer Inhaftierung, wenn diese nicht beglichen werden können. Bei diesen komplexen psychosozialen Herausforderungen stehen die Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen betroffenen Familien oft noch über ein Jahr nach der Entlassung zur Seite.

STAR Kadın Derneği

Der Frauenverein STAR in Van ist der einzige, der nach dem Militärputschversuch 2016 weiter bestehen kann. Die Mitarbeiter*innen, die wir bei dem Treffen kennengelernt haben, verloren nach 2016 ihre Arbeit im staatlichen Sektor. STAR organisiert u.a. Demonstrationen, die aufgrund der Zwangsverwaltung jedoch nur unter schwierigen Bedingungen stattfinden können. So werden solche Veranstaltungen oft nur kurzfristig und außerhalb des Stadtkerns mit einem einschüchternden Polizeiaufgebot genehmigt, was dazu führt, dass wenige Frauen daran teilnehmen wollen. STAR entschloss sich dieses Jahr aufgrund des Erdbebens, am Frauentag am 8. März keine große Veranstaltung zu machen. Im Vorjahr hatten sie Reden, Kundgebungen und Pressekonferenzen abgehalten. Außerdem läuft das Projekt „Stop Violence“ weiter, mit dem STAR Taxi- und Busfahrer für das Thema patriarchale Gewalt gegen Frauen sensibilisiert.

Trotz der Widrigkeiten und teils laufender juristischer Verfahren, da ihr Verein mit einer Terrororganisation gleichgesetzt wird, führen sie ihre Arbeit weiter fort. Diese besteht darin, gewaltbetroffene Frauen in das einzige Frauenhaus in der Region Van zu vermitteln oder sie juristisch und psychologisch zu beraten. STAR kooperiert bedingt mit staatlichen Behörden wie der Polizei, wenn gewaltbetroffene Frauen das wünschen bzw. benötigen. Dabei befindet sich der Verein in dem Spagat, fortlaufend vom Staat kriminalisiert zu werden und mit ihm dennoch im Interesse der betroffenen Frauen zu kooperieren. Zwar positioniert sich der türkische Staat offiziell gegen Gewalt an Frauen. Er stellt jedoch zur Bekämpfung patriarchaler Gewalt keine Sozialarbeiter*innen ein, die gewaltbetroffene Frauen unterstützen oder gar mit Männern in den Dialog geht und zu diesem Thema aufklären könnten. Stattdessen übernehmen diese wichtigen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben die Frauen von STAR – ehrenamtlich.

Im Alltag zeigt sich eine Praxis der Polizei, die Frauen davon überzeugen will, wieder zum Ehemann zurückzukehren. Nach offiziellen Angaben fanden 2022 in der ganzen Türkei 664 Feminizide statt, wo-

bei von einer deutlich höheren Zahl auszugehen ist. In Fällen, wo die Vermutung eines Feminizides naheliegt, behaupten Ehemänner oft, es würde sich um einen Suizid handeln. Wenn es zu Gerichtsprozessen kommt, können sie ihre Gewalttaten oft moralisch legitimieren, indem sie den Frauen Provokation oder Liebesentzug vorwerfen. Solche Aussagen bei kommen in lokalen Gerichtsverfahren weiterhin oft vor und werden bei Verurteilungen zum Vorteil des Täters gewertet.

Rengarenk und ROSA

Was psychosoziale Arbeit nach dem Erdbeben für eine wichtige Bedeutung hat, konnten wir beim Treffen mit dem Frauenrechtsverein ROSA und dem Kinderrechtsverein Rengarenk erfahren. ROSA wurde 2018 von Frauen aufgebaut, die nach dem Militärputschversuch 2016 ihre Arbeit in der Stadtverwaltung verloren hatten. ROSA ist Teil der kurdischen Frauenbewegung und setzt sich als einziger Verein in Diyarbakir für Frauenrechte ein. Seit Bestehen des Vereins laufen viele Verfahren gegen die Vorstandsmitglieder, da der Verein einer Terrororganisation gleichgesetzt wird. Die Frauen von ROSA sprechen dabei vom männlichen Staatsapparat, der auch repressiv gegen Menschen in der Westtürkei agiert, wie gegen Menschen mit kurdischer Identität. Der Verein ist Teil von Plattformen, die das Ziel haben, die Gewalt an Frauen auf psychosozialer wie juristischer Ebene zu bekämpfen.

Die Vereine Rengarenk und ROSA sind wie viele organisierte Gruppen direkt nach dem Erdbeben aktiv geworden. Da der staatliche Katastrophendienst AFAD erst nach Tagen langsam und örtlich begrenzt tätig wurde, haben sich in Diyarbakir über 180 selbstorganisierte Orte (u.a. in Parks, Moscheen, Veranstaltungssälen, im Fußballstadion, Schulen und Cafés) gebildet, wo Menschen u.a. Zelte oder Schlafmöglichkeiten anboten. So wurden bedarfsorientierte Essens-, Hygiene-, Nahrungspakete verteilt und darüber hinaus ermittelt, was speziell Frauen und Kinder benötigten. Als der Katastrophendienst AFAD und das türkische Militär das Zeltcamp am Stadtrand unmittelbar am Tigris bauten, riss der Kontakt zu den Menschen ab. Den Vereinen wurde es erschwert oder unmöglich gemacht, in die Camps zu kommen, wo das Militär gegenüber den Bewohner*innen einen rauen und autoritären Ton anschlug und es an ausreichend Essen und Hygiene mangelte. Die Warnhinweise verschiedener Vereine, das Camp nicht am Wasser zu bauen, da es in dem sumpfigen Gebiet u.a. zu Krankheiten und zu Überschwemmungen kommen könnte, wurden ignoriert. So fluteten Mitte März 2023 starke Regenfälle das Camp und die Erdbebenüberlebenden mussten wieder einen neuen sicheren Ort finden.

Dem Kinderverein gelang es mit viel Überzeugungsarbeit, in das Camp zu kommen, um schließlich zu ermitteln, was die Menschen über die nötigsten materiellen Hilfen hinaus brauchten. Dazu gehörten Lern- und Spielutensilien für die Kinder und Jugendlichen, aber selbstverständlich auch Orte fern vom Campalltag, um in Ruhe und in einem sicheren Umfeld spielen zu können. Das geplante Kinderzelt durfte der Verein jedoch nicht auf dem Gelände aufbauen. Viele vom Erdbeben betroffene Frauen äußerten das Bedürfnis, Räume zu haben, wo sie Handarbeiten wie Stricken nachgehen können, um sich mit haptischen Tätigkeiten abzulenken und etwas zu produzieren. Ähnliche Bedarfe zeigten sich in der Stadt Adiyaman, wo die beiden Vereine am dritten Tag nach dem Erdbeben präsent waren. Es wurden Aktivitätszelte bereitgestellt, um für einige Stunden Abstand



ADIYAMAN: HILFE FÜR ERDBEBEN-ÜBERLEBENDE

vom verheerenden Erdbeben zu nehmen und sich in einem geschützten Rahmen mit anderen Frauen auszutauschen.

Der Kinderrechtsverein hat in Zusammenarbeit mit anderen Vereinen in Adiyaman ein Zeltcamp errichtet, wo vulnerable Gruppen unterkommen können. Dazu gehören neben Alevit*innen auch Roma-Familien und Geflüchtete aus Syrien. Die ländlichen Gebiete um Adiyaman wurden dabei nicht vergessen. Auch dort wurde ein Container aufgestellt, in dem es Angebote für Kinder gab. Traumapädagog*innen wie auch Ehrenamtliche machen entsprechende pädagogische Angebote, damit Kinder die Erfahrungen um das Erdbeben herum im geschützten Rahmen kollektiv verarbeiten können (Quelle: medico).

Wir erfahren bei dem Gespräch dass es den Vereinen ein großes Anliegen ist, auf Basis der Bedürfnisse der Menschen ihre Angebote zu schaffen und vor allem die psychosozialen Aspekte in den Vordergrund zu rücken. Im Rahmen eines Netzwerkes für Kinderrechte hat Rengarenk viele Arbeitsgruppen mit ins Leben gerufen, wo neben den oben genannten Schwerpunkten auch juristische Hilfen, wie Beschwerden bei Behörden oder Anklagen, die im Zusammenhang mit dem Erdbeben stehen, angeboten werden. Außerdem findet Öffentlichkeitsarbeit statt, um geflüchtete Kinder über ihre Rechte aufzuklären. Zudem wurden Berichte über Menschenrechtsverletzungen an Kindern veröffentlicht. Dazu gehört das Verschwinden von Kindern, die kurz nach dem Erdbeben zur Adoption freigegeben worden sind. Hintergrund ist, dass sie im Schnellverfahren zu Vollwaisen erklärt worden sind. Vermutet wird Hinweisen zufolge, dass diese u.a. zu islamistischen Gruppierungen weit weg von ihrem Heimatort gebracht worden sind. Diesbezüglich ist das Netzwerk, wo auch der Menschenrechtsverein IHD dabei ist, daran diesen massenhaften Vorfällen juristisch nachzugehen und die Kinder schnellstmöglich

wieder zu ihren Familien zurückzubringen.

Den Mitgliedern von ROSA und Rengarenk ist bewusst, dass es sich hierbei um eine Arbeit handelt, die perspektivisch zwei Jahre oder mehr in Anspruch nehmen wird. Nachdem die Erdbeben-Überlebenden teils viele Angehörige verloren haben, wie auch ihre Arbeit und materielle Grundlagen, fehlt es den Betroffenen an Vertrauen. Ökonomische Zukunftssorgen und der Verlust von Vertrauen in den Staat destabilisieren die Menschen psychisch und erschweren die Verarbeitung des Erlebten. Um so wichtiger ist es, dass die Traumapädagog*innen und Aktivist*innen verschiedener Netzwerke die Betroffenen in der kommenden Zeit nachhaltig begleiten, um Traumafolgen abzuwenden oder ausreichend zu behandeln.

Gerade in den kurdischen Regionen gibt es in Teilen der Bevölkerung und den Vereinen, die psychosozial arbeiten, bereits viel Erfahrung mit der Bearbeitung von Traumata (Quelle: medico). Eine Ressource ist auch die gut organisierte Gesellschaft, z.B. in Diyarbakir. Dies zeigt sich in der gegenseitigen Unterstützung und den entstandenen Netzwerken, die aus Eigeninitiative heraus seit dem katastrophalen Erdbeben eine wichtige Stütze für die Überlebenden sind.

Quellen:

Medico: www.medico.de/blog/kinderrechte-im-erdbebengebiet-19053

Johanna Gaub

Gesprächspartner*innen: Besuche bei zivilgesellschaftlichen Organisationen



ÄRZTEKAMMER DIYARBAKIR



VEREIN SERHAT GÖÇ IN VAN



TUHAD-FED UND MEBYA-DER



PLATTFORM ZIVILER ORGANISATIONEN IN VAN



IHD VAN



KRISENETZWERK ZUR UNTERSTÜTZUNG VON KINDERN UND IHREN FAMILIEN IM ERDBEBENGEBIET, DIYARBAKIR



TIHV DIYARBAKIR



ÖHD DIYARBAKIR



Van: Die Stadt hinter der Mauer – EU-Abschottungspolitik in der Praxis

Van ist die östlichste Großstadt der Türkei und liegt ca. 100 Kilometer von der iranischen Grenze entfernt. Aufgrund der geographischen Lage ist die Stadt Durchgangsstation für Geflüchtete u.a. aus dem Iran, Afghanistan, Pakistan und Bangladesch. Hier zeigen sich die Auswirkungen des mittlerweile sieben Jahre alten „EU-Türkei-Deals“, der 2021 verlängert wurde. „Mit diesen Mitteln“, so der Europäische Rat, „soll die Unterstützung in den Schwerpunktbereichen Grundbedürfnisse und Bildung, Migrationssteuerung und Grenzkontrolle sowie humanitäre Hilfe fortgesetzt werden.“ (www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-migration-policy/eastern-mediterranean-route). Im letzten Jahr berichteten wir ausführlich darüber, was das für Geflüchtete in der grenznahen Stadt konkret bedeutet. Leider sind mit unserem diesjährigen Besuch in Van keine Verbesserungen der Menschenrechtssituation für Geflüchtete zu verzeichnen. Infolge des EU-Türkei-Abkommens wurde die Registrierung und Anerkennung von Geflüchteten im Jahr 2018 vom UNHCR auf die Türkische Republik übertragen. Seitdem hat sich die Quote der internationalen Anerkennungen deutlich reduziert. Ohne Registrierung und Anerkennung sind Geflüchtete von grundlegenden Rechten wie Gesundheit, Bildung und Arbeit ausgeschlossen. Aber auch anerkannte Flüchtlinge erhalten nur eine Arbeitserlaubnis, wenn ihr Arbeitgeber diese beantragt. Das bedeutet aber, dass dieser dann Mindestlohn zahlen und Sozialabgaben leisten müsste. Dadurch gibt es strukturelle Anreize, Geflüchtete – egal mit welchem rechtlichen Status – nicht legal zu beschäftigen.

Die Lage an der Grenze selbst hat sich zugespitzt. Nachdem bereits an der Grenze zu Syrien eine Mauer fertiggestellt wurde, ist nun auch die Grenzmauer zum Iran kurz vor der Fertigstellung. Aufgrund älterer Konflikte und dem „Kampf gegen den Terror“ sind Teile des Grenzgebietes zudem vermint. Eine Finanzierung des Mauerbaus durch EU-Mittel ist aufgrund der Intransparenz des türkischen Staates für unsere Gesprächspartner*innen nicht direkt nachzuweisen gewesen, es gebe lediglich mündliche Aussagen von EU-Diplomaten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der wirtschaftlich angeschlagene türkische Staat für dieses Großprojekt einer über 500 Kilometer langen Grenzmauer mit Gräben, Wachtürmen und Überwachungstechnologie technologische, finanzielle und politische Hilfe bekommen hat. Weitere journalistische Recherchen weisen u.a. auf britische Überwachungstechnik und Ausbildungstätigkeit hin. Es gibt allerdings auch innenpolitische Anreize, die Mauer zu bauen, da die Ab-

kehrung von Geflüchteten in der Türkei zunimmt und die Mauer Handlungsfähigkeit der Regierung suggeriert. Nach Einschätzung von Beobachter*innen führt die Fertigstellung der Grenzmauer in den Bergen allerdings nicht zu einem Ende der Migration, sondern vor allem zu Extraprofiten für Schleuser und ihre Komplizen unter den Grenzsoldaten und -polizeien. Neben dem Preis steigt auch die Gefährlichkeit des Grenzübertritts für die migrierenden Menschen. Das Gebirge im Grenzgebiet ist im Winter sehr kalt, schneebedeckt und zudem von wilden Tieren bewohnt. Jedes Jahr zur Schneeschmelze werden in den Flüssen der Grenzregion Leichen entdeckt. Einige sind erfroren, manche sind aber auch Opfer von Gewaltverbrechen in dieser künstlich geschaffenen gesetzlosen Zone geworden.

Mehrere Gesprächspartner*innen berichteten von illegalen Pushbacks in den Iran. Bei diesen wird zum Teil massive Gewalt angewendet. Vor Ort konnten wir mit einem afghanischen Mann reden, dem bei seinem ersten Pushback in den Iran der Wangenknochen gebrochen wurde. Mit Glück konnte er die Stadt Van erreichen. Trotz organisatorischer und finanzieller Hilfe durch die Türkische Menschenrechtsstiftung durfte er aus rechtlichen Gründen nicht operiert werden. Als nicht registrierter Flüchtling lebt er jetzt in einem Hotelzimmer, das durch seine Familie finanziert werden muss. Arbeiten darf er nicht.

Wo sie können, begleiten die Anwaltskammer, Frauen-, und Menschenrechtsverein Verfahren gegen Grenzbeamte, insbesondere in Fällen von sexualisierter Gewalt. Es kommt gelegentlich zu Verurteilungen, die meisten Verbrechen bleiben aber ungestraft. Das Dunkelfeld ist sehr groß.

Doch die genannten zivilgesellschaftlichen Institutionen führen einen Kampf gegen Windmühlen, da weder die Fluchtursachen beseitigt noch sichere Wege für die Migration geschaffen werden. Es mangelt offensichtlich der politische Wille, um diese systematischen Menschenrechtsverletzungen zu beseitigen. Im Gegenteil werden diese sogar begünstigt und befördert. Dafür tragen die EU und die westliche Staatengemeinschaft durch Kriege, Wirtschaftssanktionen und Abschottungspolitik eine große Mitverantwortung.

Uwe Weitzmann

Van: Zwangsverwaltung und „kontrollierte Freiheit“

Die Stadt Van nimmt nicht nur Geflüchtete auf, in Van werden auch „Flüchtlinge produziert“, wie uns mehrere Gesprächspartner*innen erklären. Dafür verantwortlich ist das sehr repressive politische Klima in der Türkei und insbesondere in den kurdischen Gebieten. Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ legitimiert die völkerrechtswidrigen Bombardierungen in Syrien und Irak, die Besetzung von syrischem Territorium, den Drohnenkrieg, die Zerstörung von kurdischen Innenstädten 2015/16, wiederkehrende militärische Ausgangssperren in kurdischen Regionen, aber auch die politische Verfolgung im Inneren mit Berufsverboten, Zwangsverwaltung, Verhaftungen, Folter und langen Haftstrafen.

Seit die AKP im Jahr 2003 die Regierungsgeschäfte in der Türkei übernommen hat, ist die Zahl aller Gefangenen von ca. 64.000 um mehr als das Fünffache auf über 340.000 gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung der Türkei aber nur um rund 25 Prozent auf ca. 85 Millionen angewachsen.

Was das konkret für die Menschen bedeutet, erfahren wir bei unseren Besuchen hautnah. Hinter jedem Schicksal stehen immer große Familien und Freundeskreise, die mitgetroffen werden (sollen). Auch Ärzt*innen und Gesprächspartner*innen der IPPNW werden immer wieder Ziel der politischen Verfolgung. So wurde Prof. Şebnem Korur Fincancı, die Vorsitzende der türkischen Ärztekammer, erst im Januar 2023 zu zwei Jahren und acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, weil sie eine unabhängige, internationale Untersuchung gefordert hatte, die den Verdacht des Einsatzes von verbotenen chemischen Waffen durch die Türkei untersuchen sollte.

Allein im März und April 2023 wurden nur in Van mindestens vier unserer Gesprächspartner*innen im Rahmen größerer „Operationen“ zwischenzeitlich festgenommen. Dies betraf drei Frauen, die im Kontext des internationalen Frauentags am 8. März aktiv waren und einen Anwalt des Juristenvereins ÖHD. Die überwiegende Mehrheit der Menschenrechtler*innen in den Ärztekammern, Anwaltskammern, Gewerkschaften, demokratischen Plattformen, in den juristischen oder feministischen Vereinen sind von Arbeitsverboten in staatlichen Institutionen betroffen.

Eine große Rolle bei der politischen Repression spielt die Zwangsverwaltung der Regionen und Kommunen im Südosten. Die gewählten Bürgermeister werden abgesetzt und durch einen vom Innenministerium entsendeten „Treuhandler“ (*Kayyum*), d.h. einen Zwangsverwalter, ersetzt. Meist folgen darauf die weitere politische Verfolgung der Bürgermeister*innen, die Entlassung eines Großteils der Stadtverwaltung und die Einstellung zahlreicher sozialer Projekte und staatlicher Dienstleistungen sowie Privatisierungen. Seit 2014 wurden in der gesamten Türkei 99 Bürgermeister*innen des Amtes ent-

hoben. Davon waren in 92 Fällen kurdische Politiker*innen der DBP, bzw. der Nachfolgepartei HDP betroffen. Diese Regierungspolitik ist offensichtlich eine Bestrafung der Wähler*innen für „die falsche Wahl“ und soll ihnen Hoffnung und demokratische Handlungsfähigkeit rauben. Es geht dabei nicht nur um kleine Kommunen, sondern auch um Städte von der Größe Münchens, Kölns oder Hannovers. Getroffen hatte es beispielsweise in Van 2016 den mit 53 Prozent gewählten Bürgermeister Bekir Kaya. Zur Last gelegt werden Kaya, dem ehemaligen Vorsitzenden der Anwaltskammer Van, unter anderem der Bau einer Brücke gegen die Interessen der Sicherheitsbehörden und die Beerdigung von PKK-Kämpfern aus Van auf dem städtischen Friedhof, die im Kampf gegen die Islamischen Staat im nordsyrischen Kobane gefallen sind. Das reichte für eine Verurteilung wegen „Unterstützung von Terrorismus“. Er ist seit nunmehr sieben Jahren im Hochsicherheitsgefängnis Marmara (früher Silivri) in Isolationshaft und somit über 1.700 Kilometer von seiner Heimatstadt entfernt inhaftiert, was Besuche erheblich erschwert.

Wie die Zwangsverwaltung in der Praxis aussieht, berichtete unsere Delegation im März 2019: „Van hat, wie andere kurdische Städte, schwere Zeiten hinter sich. 2011 wurden weite Teile durch ein Erdbeben zerstört. Noch heute sieht man an einigen Stellen die Spuren dieser Zerstörung. Der Wiederaufbau und alle Ideen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kommune wurden durch die Entlassung der Bürgermeister*innen und den von Ankara eingesetzten Zwangsverwalter abrupt gestoppt. Es kam zu einer immensen Verschuldung, Abbruch von regionalen Infrastrukturprogrammen, hoher Jugendarbeitslosigkeit (70 Prozent), Abwanderung, Ausverkauf kommunaler Gemeingüter, wie Gebäuden, Grundstücken und Versorgungsdienstleistungen. Ein Großteil des Personals wurde entlassen und durch fremdes, häufig unqualifiziertes Personal ersetzt.“
(blog.ippnw.de/schwere-zeiten-fuer-van)

Zudem waren seit 2016 jegliche Versammlungen, Demonstrationen und Pressemitteilungen per Dekret verboten. Seit diesem Jahr sind Demonstrationen nach Genehmigung durch die Behörden wieder möglich. Dabei wird aber der angemeldete Ort meist nicht genehmigt, sondern ein Ausweichort zugewiesen. Wie das in der Praxis aussieht, berichteten uns Mitglieder des Frauenvereins: Sie demonstrierten zum 8. März mit ca. 30 Frauen. An dem abseitig gelegenen, zugewiesenen Ort standen sie einer Überzahl an Polizei gegenüber, die sie von der Öffentlichkeit abschirmte. Anschließend wurden mehrere von Ihnen von Sicherheitskräften bis nach Hause verfolgt. Einen Namen hat diese neueste Errungenschaft der türkischen Regierungspolitik immerhin schon: „kontrollierte Freiheit“.

Uwe Weitzmann



DIYARBAKIR, MÄRZ 2023

Diyarbakir: Zwangsverwaltung und Erdbeben

Auch in der größten kurdischen Stadt der Türkei, Diyarbakir, wurden die demokratisch gewählten Bürgermeister*innen mehrfach abgesetzt. Mitglieder unserer Delegation hatten im Jahr 2020 den Prozess gegen den abgesetzten Co-Bürgermeister, den Chirurgen Dr. Adnan Selçuk Mızraklı, verfolgt (blog.ipnw.de/dr-seldcuk-mizrakli-in-diyarbakir-verurteilt). Er wurde zu neun Jahren, vier Monaten und 15 Tagen Haft verurteilt, weil er einen „Terroristen“ am Blinddarm operiert haben soll und für den Demokratischen Kongress der Völker (DTK) tätig war. Das ist eine nicht verbotene Nichtregierungsorganisation, deren Vertreter die Erdoğan-Regierung u.a. in die Kommission zur Erarbeitung einer neuen Verfassung berufen hatte, als es noch einen Friedensprozess gab (blog.ipnw.de/friedensprozess-in-der-turkei-unterstutzen).

Und so konnte unsere Delegation in den letzten acht Jahren im Großen wie im Kleinen den Niedergang kommunaler Strukturen beobachten, von der Enteignung und großflächigen Zerstörung des Altstadtviertels Sur (blog.ipnw.de/die-tuerkische-regierung-will-die-spuren-kurdischer-geschichte-vernichten) über die Entlassung der kommunalen Angestellten bis zur Schließung des Kinderhilfswerks Sarmaşık (blog.ipnw.de/die-kinder-von-sarmasik).

Diese politischen Rahmenbedingungen der Zwangsverwaltung sollten einen großen negativen Einfluss auf das Krisenmanagement nach den Erdbeben vom 6. Februar 2023 haben. Diyarbakir lag am Rande des Erdbebengebietes. Es sind unmittelbar sieben Gebäuden einge-

stürzt, wobei über 400 Menschen starben. Zahlreiche weitere Gebäude waren seitdem unsicher. Trotz der geringen Anzahl an zerstörten Gebäuden und der zentralen Lage der Stadt waren am ersten Tag nur an einem Gebäude schwere Maschinen der Katastrophenschutzbehörde AFAD im Einsatz. Hier sollen Reiche und Angehörige der Sicherheitskräfte gewohnt haben. Unter den Trümmern anderer Gebäude starben aufgrund der fehlenden staatlichen Hilfe Menschen an Durst und Kälte, die das eigentliche Beben überlebt hatten.

Die folgenden kurzfristigen statischen Untersuchungen erklärten rund 3.500 Gebäude für einsturzgefährdet. Das heißt, dass quasi über Nacht ca. 190.000 Menschen obdachlos geworden waren. In der Folge bildeten sich 184 Zeltlager in der gesamten Stadt. Es gab eine große Welle der nachbarschaftlichen, familiären und gesellschaftlichen Solidarität. Es formierte sich ein großes zivilgesellschaftliches Bündnis aus Gewerkschaften, Berufsvereinigungen, Kinder- und Frauenrechtsgruppen und Menschenrechtsvereinen um bei der Rettung von Verschütteten zu helfen und die zahlreichen Verletzten und Obdachlosen zu versorgen. Nach drei Tagen wurde bereits begonnen, Hilfe für benachbarte Dörfer und Städte zu leisten, insbesondere für die schwer getroffene Großstadt Adıyaman. Eine Zusammenarbeit mit offiziellen staatlichen Strukturen verweigerte die Zivilgesellschaft. Denn die staatlichen Strukturen der Zwangsverwaltung haben abgrundtiefes Misstrauen gegenüber der Selbsthilfe und Selbstverwaltung. Die Hilfen wurden schnellstmöglich zentralisiert. Bereits nach zwei Wochen räumte der Staat die dezentralen Lager

und errichtete ein großes zentrales Camp in der Flussaue des Tigris direkt an einer Schnellstraße. Das Lager wurde durch Polizei und Militär bewacht, die weder für den Umgang mit traumatisierten Kindern noch Familien ausgebildet sind und zum Teil sehr rüde mit den Überlebenden umgegangen sein sollen. Viele Überlebende zogen es deswegen vor, in sehr beengten Verhältnissen bei Verwandten unterzukommen oder in andere Teile der Türkei zu ziehen. Feministische Gruppen, die Hygieneartikel an Frauen verteilen wollten, wurden aktiv daran gehindert.

Warnungen und Empfehlungen der Ärzte- und Ingenieurskammern wurden durch die Stadtverwaltung gezielt ignoriert. Es wurde weder auf Verkehr, trockene Verhältnisse, Anbindung an die Stadt noch auf die soziale Versorgung geachtet. Als wir im März Diyarbakir erreichten, war dieses Lager bereits wieder menschenleer. In der Vorwoche gab es starke Regenfälle, so dass es aufgrund von Hochwasser geräumt werden musste. Stattdessen wurden die Familien in Studentenwohnheimen untergebracht, was wiederum junge Menschen aus ihren Unterkünften vertrieb und ihre Ausbildung gefährdete. Dies

alles reiht sich ein in eine Vielzahl von Behinderungen der Erdbenhilfe durch den türkischen Staat, über die wir bereits berichtet haben (blog.ippnw.de/erdbeben-in-der-tuerkei-und-syrien). Das Agieren des Staates wurde von unseren Gesprächspartner*innen als bewusst bössartig wahrgenommen.

Nach der Zerstörung Surs, der Corona-Pandemie und der dauerhaften wirtschaftlichen und politischen Krise erlebt die Stadt Diyarbakir ein weiteres Trauma. Es ist unklar, wie die Gesellschaft diese Vielzahl an Schlägen verkraften soll, zumal eine politische Lösung – ein Friedensprozess – in weite Ferne gerückt ist.

Das diesjährige Newrozfest fand unter den Eindrücken des Erdbebens als ein großes Trauerfest statt. Hoffen wir, dass im kommenden Jahr an Newroz die Trommeln und Gesänge wieder zu hören sind. Es mangelt im Südosten der Türkei nicht an Demokrat*innen – es mangelt an politischem Willen, sie wirken zu lassen.

Uwe Weitzmann

Adiyaman: „Ich muss lernen, wieder glücklich zu sein“

Der 38-jährige Erhan gehört zu den ersten Helfern der türkischen Katastrophenschutzbehörde AFAD, die Anfang Februar das türkische Erdbebengebiet erreicht hatten. Der Einsatz hat den Familienvater aus der kurdischen Stadt Van, der eigentlich als touristischer Gästeführer und wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Universität arbeitet, schwer traumatisiert. Seit er es schafft, über seine Erlebnisse zu sprechen, geht es dem Vater zweier Kinder Schritt für Schritt besser. Deshalb hat sich Erhan entschieden, auch dem Journalisten aus Deutschland seine Geschichte zu erzählen: „2011 hatte ich das Erdbeben in meiner Heimatstadt Van erlebt. Deshalb habe ich mich vor einigen Jahren entschieden, mich als freiwilliger Katastrophenhelfer bei der staatlichen Behörde ATAF zu melden. Am Tag nach dem großen Beben bin ich nach Malatya beordert worden – 700 Kilometer von hier. Als ich zu meiner Mutter ging, um mich von ihr zu verabschieden, wusste sie, dass ich mein Leben riskieren könnte. Und doch hat sie gesagt: „Brich auf, es kommt auf jede Stunde an.“ Wegen des Schnees und der vielen zerstörten Straßen brauchten wir zweieinhalb Tage, bis wir an unserem Ziel ankamen. Ich kannte Malatya als Tour-Guide sehr gut. Von der Stadt, die ich kannte, war allerdings kaum noch etwas zu erkennen. Die zehnstöckigen Wohnhäuser waren zu vier Meter hohen Schuttbergen zusammengebrochen. Als sogenannte *professionelle Volunteers* waren wir darin geschult, wie man Zelte aufbaut. Wir waren aber nicht darauf vorbereitet, Überlebende und Leichen aus Betontrümmern zu bergen.

Als wir drei Stunden nach Ankunft keine Zelte mehr hatten, die wir verteilen konnten, hieß es: „Ihr müsst jetzt die Opfer bergen – die Lebenden und die Toten.“ Überall war das Schreien von Menschen zu hören, die verschüttet waren. Und überall die Menschen, die uns in unseren orangenen Schutzwesten anflehten, wo ihre Angehörigen seien. Wir haben gesagt: „Wir helfen Euch“, aber das war eine Lüge. Wir konnten ja gar nicht helfen. Den Vater, der wie versteinert die Hand seiner verstorbenen Tochter hielt, werde ich nie mehr vergessen. Ein anderer Vater und ein Sohn waren in ihrer Umarmung gemeinsam erfroren. Es war der Horror. Du kannst Dir den Leichen Geruch nicht vorstellen, der nach wenigen Tagen über der Stadt lag. Weil ich einer der älteren Helfer war, wurde ich zum Leiter einer

Bergungsgruppe ernannt. Als nach mehreren Tagen die ersten Bagger eintrafen, musste ich deshalb die Arbeit eines Baggers koordinieren. Wir haben so viele Leichen bergen müssen, aber ein Opfer geht mir nicht aus dem Kopf. Es war eine junge Frau mit lila Haaren, die auf ihrem Bett lag – mit einem weißen Laken bespannt. Ihre Leiche war bereits aufgedunsen. Ihr Verlobter schrie um seine Irem. Später ist mir Irem in meinen Alpträumen erschienen. Diesmal schrie ich um sie.

Nach zwölf Tagen durfte ich heimfahren zu meiner Frau und unseren beiden Kindern. Als ich nach Hause kam, habe ich mich drei Stunden unter die Dusche gestellt. Ich hatte das Gefühl, menschliches Fleisch unter meinen Fingernägeln zu haben. Noch heute schneide ich mir jeden Tag die Nägel. Ich brauchte fünf Tage, bis ich schlafen konnte. Danach habe ich fünf Tage fast nur noch geschlafen. Ich habe in meinem Leben so gut wie nie allein geschlafen, aber jetzt konnte ich niemanden neben mir im Bett ertragen – auch meine Frau nicht. Meine Frau ließ mich gewähren und sprach mich aus Rücksicht auf meine Situation nicht an. Knapp zwei Wochen nach meiner Rückkehr habe ich sie angeschrien: „Warum fragst Du mich nicht danach?“ Dann hat sie eine Kanne Tee gemacht. Wir haben stundenlang gesprochen und ich habe erstmals weinen können.

Am meisten hat mir ein befreundeter Psychiater geholfen. Er hat mich in drei Sitzungen einfach erzählen lassen und immer wieder nachgefragt. Er hat mich an den Platz zurückgebracht und mir geholfen, meine Erinnerungen zu ordnen. Er hat mir erklärt, warum ich mich schuldig fühle. Ich habe verstanden, dass sich das Trauma verstärken und festkrallen wird, wenn ich versuche, das Erlebte einfach zu verdrängen. Vor ein paar Tagen hatte ich das Gefühl, ich habe etwas im Herzen, das herauswill. Dieser Gedanke hilft mir. Ich brauche jetzt beides: das Erinnern und Erzählen und die Ablenkung durch meinen Job und durch meine Familie. Ich muss lernen, wieder glücklich sein zu können. Hoffentlich gelingt mir das.“

Friedrich Roeingh

Zuerst erschienen in der Allgemeinen Zeitung vom 3. April 2023



ADIYAMAN: DER TABAKHÄNDLER ALI

Sieben Wochen nach der Apokalypse

Ali weiß nicht, ob er Glück gehabt hat, dass er das Beben überlebt hat. Der 55-jährige Tabakbauer war nicht in seinem Dorf, als in der Nacht des 6. Februar 2023 das erste Beben kam. Das Dorf, das heute nur noch ein Schutthaufen ist. 50 Menschen kamen hier ums Leben. In seiner erweiterten Verwandtschaft hat Ali 35 Angehörige verloren. Er hat auf einem Plastikstuhl im Innenhof des alevitischen Kulturzentrums von Adiyaman Platz genommen. Dem Adiyaman, das zu den vier am stärksten betroffenen Städten im türkischen Erdbebengebiet zählt. Den vier Städten, in denen auch die Krankenhäuser und die meisten Ärztezentren zusammengebrochen sind. Den Städten, in denen auch die stehen gebliebenen Betonskeletthäuser so stark beschädigt sind, dass sie nicht mehr bewohnt werden können. Den Geisterstädten, in denen nur die geblieben sind, die einfach nicht wegkönnen. Ali hat bei den Beben 35 Angehörige verloren.

Ali ist verzweifelt: „Ich will nicht mehr in diesem Land leben. Ich würde lieber in Europa Toiletten putzen, als in der Türkei zu bleiben.“ Ali weiß, wie unrealistisch dieser Wunsch für einen 55-jährigen Bauern und Familienvorstand wie ihn ist. Mit 14 Familienangehörigen leben sie in einem acht mal 3,5 Meter großen Zelt, das ein paar hundert Meter von hier entfernt steht. Neben den großen Zeltstädten auf den Äckern vor der Stadt ist im Adiyaman jeder freie Platz mit Zelten belegt.

Ali ist nicht nur verzweifelt, er ist zornig. Zornig darüber, dass es drei Tage dauerte, bis die ersten Helfer der staatlichen Katastrophenschutzorganisation AFAD in Adiyaman ankamen – „zu uns hat die Armee keinen einzigen Helikopter geschickt.“ Zornig, dass er den Helfern und den Militärs erst acht Tage nach dem Beben ein Zelt abtrotzen konnte – „sie haben mich mit ihrer Waffe bedroht.“ Zornig, dass seine 90-jährige Mutter in seinem Auto die sechste Nacht bei

starken Frösten nicht überlebt hat – „es sind so viele Alte gestorben, die sie hätten retten können.“ Zornig, dass nach fast acht Wochen der Staat noch immer nicht in der Lage ist, die Überlebenden in dieser Geisterstadt mit dem Nötigsten zu versorgen. Nicht mit fließend Wasser, nicht mit Nahrung, nicht mit Strom. Schon gar nicht mit Gas, ordentlichen Toiletten oder Duschen. „Einmal habe ich in den vergangenen 45 Tagen geduscht“. Dafür ist er eineinhalb Stunden mit dem Bus nach Urfa gefahren: „Unsere Frauen warten die Dunkelheit ab, bis sie sich unbeobachtet erleichtern können.“

Der Zorn des Tabakbauern, der jetzt auf seinen Feldern eigentlich Pflanzen setzen müsste, der aber nicht die Mittel hat, ein neues Haus zu bauen, ist nicht nur seiner persönlichen Verzweiflung geschuldet. Wer im kurdischen Erdbebengebiet mit Ärzten, Anwälten, Frauenverbänden und ehrenamtlichen Helfern spricht, bekommt all das bestätigt, was zwar auch schon die europäische Öffentlichkeit erreicht hat. Dessen Dimension aber erst hier erfahrbar ist. Der türkische Zentralstaat hat bei dem Erdbeben und seinen verheerenden Nachbeben auf ganzer Linie versagt. Die Katastrophenschutzbehörde AFAT, die seit vielen Jahren aus Steuern finanziert und massiv ausgebaut wurde, war erst viel zu spät zur Stelle und an jedem Einsatzort völlig überfordert. Das Militär hat kaum geholfen, sondern nur für „Ordnung“ gesorgt.

Bei einem Erdbeben ähnlicher Stärke vor 12 Jahren im kurdischen Van konnten 10.000 Menschen gerettet werden. Diesmal waren es in den elf am stärksten getroffenen Städten zusammen gerade mal 2.000. Die staatlichen Hilfsorganisationen haben sich gegenseitig behindert. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Ärzteverbände, Architektenkammern, Menschenrechtsorganisationen und sozial engagierte NGOs, die auf eigene Faust Krisenstäbe bildeten, wurden massiv be



MIYASE (49) HAT BRUSTKREBS. BISHER BEMÜHT SIE SICH VERGEBLICH UM DIE DRINGEND BENÖTIGTE CHEMOTHERAPIE.

Alis Nachbarin hat andere Sorgen. Als wir sein Zelt verlassen, sucht auch sie das Gespräch mit dem Reporter aus Deutschland. Miyase ist 49 und an Brustkrebs erkrankt. Ohne Scham zeigt sie auf ihre flache Brust: „Die Amputation habe ich überstanden. Aber seit dem Beben habe ich keine Chemotherapie mehr bekommen.“ Nachdem die Krankenversorgung in Adiyaman weggebrochen ist, sind die Kliniken im 110 Kilometer entfernten Urfa hoffnungslos überlastet: „Bis heute verträste mich nur.“ Auch sie hat über 20 Verwandte verloren, lebt mit acht Personen in ihrem Zelt. Auf beschämende Weise bedankt sie sich für das bisschen Aufmerksamkeit, das

hindert. Sie mussten ihre Hilfslieferungen häufig den staatlichen Stellen übergeben, weil niemand anderes helfen durfte als Erdoğan's „Fürsorge-Staat“. Stadtviertel, die von Minderheiten wie den Aleviten bewohnt werden, werden noch heute schlechter versorgt als Stadtteile, in denen Sunniten lebten.

Knapp acht Wochen nach den Beben läuft die Versorgung mit dem Allernötigsten wie Brennholz für die behelfsmäßigen Blechtonnen-Öfen, die die Zelte wärmen, aber auch verrauchen, noch immer zu großen Teilen über Hilfsorganisationen. Wohin die Milliarden aus der internationalen Hilfe fließen, darüber legt die Regierung keinerlei Rechenschaft ab. Schuld an diesem Versagen auf breitester Front ist neben Erdoğan's Zentralismus auch die Konfrontation, die der Staatspräsident seit dem Ende seiner Entspannungspolitik gegenüber den Kurden sucht.

Fast in allen kurdischen Städten und Gemeinden sind ab 2016 nach dem vermeintlichen Putsch durch die Gülen-Bewegung – mit der die Kurden gar nichts zu tun haben – die gewählten Bürgermeister und Stadträte abgesetzt worden. Die staatlich eingesetzten Verwalter – die Kayyums – haben keinerlei Verankerung in der Bevölkerung und konzentrieren sich auf die Durchsetzung von Repressalien wie den seit Jahren geltenden Versammlungs- und Veröffentlichungsverboten gegen Parteien und Nichtregierungsorganisationen. „Wir leben noch immer von den Spenden der Leute“, sagt Ali: „In unserem Zelt findest du nichts, was uns die Regierung gegeben hätte. Ohne die Hilfe der Kurden, die uns aus Van, Diyarbakir, Mardin und Urfa mit dem Nötigsten versorgt haben, wären wir verhungert.“

Die Feldküche im alevitischen Zentrum Adiyamans, zu der sich die Obdachlosen zweimal am Tag zur Linsensuppe und einem Nudelgericht einfinden, wird von der HDP betrieben. Der kurdenfreundlichen Partei, die die Erdoğan-Gerichte voraussichtlich am 6. April – pünktlich zur Parlaments- und Präsidentschaftswahl – verbieten werden.* Hofft Ali auf eine Ablösung Erdoğan's bei der Präsidentschaftswahl? „Er hat uns 20 Jahre lang bestohlen. Wir werden ihn wegschicken, aber wir wissen nicht, ob er geht.“

sie durch die zufällige Begegnung bekommt: „Wir fragen nicht nur nach Hilfe. Wenn sie wenigstens an uns denken würden.“ Kein Zweifel, dass auch sie die Regierung in Ankara meint. Ortswechsel: Die größte Zeltstadt liegt auch in Adiyaman außerhalb der Stadt. Rund 2.500 Menschen sind in 500 Zelten zusammengepfercht – eines neben dem anderen. In dem Lager wimmelt nur so vor Soldaten und bewaffneten Polizisten – weit mehr, als zivile Helfer zu erkennen wären.

Die Zelte sind nur durch einen Fahrweg und notdürftig gezogene Gräben getrennt, die helfen sollen, die Frühjahrsregen ablaufen zu lassen. Das kostbarste Gut sind hier zur Zeit Euro-Paletten, um in den Zelten die Matratzen trocken zu halten, die für die Nacht ausgelegt werden. Die meisten Kinder waten in Schlappen durch die matschigen Wege. Glücklicherweise hat, wer in der Zeltstadt Gummistiefel hat.

Keine Freiflächen, keine Spielangebote. Das einzige Spiel der Kinder besteht darin, Steine in die Wassergräben zu werfen. Fließendes Wasser ist auch hier Fehlanzeige. Der 40-Tonner, der an diesem Nachmittag im Schrittempo durch die Zeltstadtstraße rollt und Feuerholzsäcke abwirft, ist von einer privaten Hilfsaktion in Istanbul entsandt worden. Sieben Wochen lang hat sich der Leiter des Lagers bemüht, die Verhältnisse zu verbessern. Doch selbst er muss sich eingestehen, dass es in dem Lager noch immer an allem mangelt, dass die Koordinierung durch die Katastrophenschutzbehörde – die ihn selbst aus der Zentrale in Ankara in das Erdbebengebiet entsandt hat – zu wünschen übrig lässt. Sein Name soll aus verständlichen Gründen auch nicht in einer deutschen Zeitung erscheinen. Am Ende des Rundgangs mit jungen Aktivisten aus Diyarbakir, die selbst ein kleines Flüchtlingslager in Adiyaman betreiben, bricht aus dem Leiter des Lagers sein ganzer Frust heraus: „Bevor ich hierherkam, habe ich den Staat immer verteidigt. Das kann ich jetzt nicht mehr.“

Friedrich Roeingh

* Update vom September 2023: Die HDP hat auf das drohende Parteiverbot reagiert und wird künftig nur noch innerhalb der Grünen Linken Partei YSP aktiv sein.

Zuerst erschienen in der Allgemeinen Zeitung vom 31. März 2023.

Drei Begegnungen mit mutigen Frauen

Nadia Grapes / canva.com



Wir hatten unsere Reise schon vor dem Erdbeben geplant. Als IPPNW-Gruppe fahren wir seit 26 Jahren im März in den Südosten der Türkei. In diesem Jahr waren wir acht Teilnehmer*innen, die die Menschenrechtssituation beobachten, als Zeugen die NGOs unterstützen und zu Hause darüber berichten wollten. Leider wurde unserer langjährigen Reiseleiterin Gisela Penteker die Einreise versagt – vermutlich wegen eines Interviews, in dem sie die türkische Regierung aufforderte, den Vorwurf des Einsatzes von Giftgas gegen die PKK aufzuklären. Wir ließen uns davon nicht aufhalten und wollten die großzügig gespendeten Gelder unbedingt den Erdbebenopfern zukommen lassen.

Auf der ersten Reiseetappe in Van begegneten wir unserem Dolmetscher Erhan, der uns erzählte, dass er sofort, nachdem er die ersten Nachrichten vom Erdbeben gehört hatte, im eigenen Auto ins Erdbebengebiet gefahren war. Er war einer der ersten Helfer. Da sie keine Krane oder Bagger hatten, mussten sie die Trümmer mit bloßen Händen wegräumen, um Verschüttete zu befreien. Erst drei Tage später kamen staatliche Hilfstruppen an. Da waren viele Verschüttete bereits gestorben. Das war sehr schwer auszuhalten. Er fuhr nach circa einer Woche zurück nach Hause und war tief erschüttert und traumatisiert. Da es ihm schlecht ging, riet ihm ein befreundeter Psychiater, möglichst oft darüber zu reden. Das half ihm. Er wirkte aber immer noch sehr betroffen. Deshalb baten wir ihn, auch uns zu erzählen, was ihn am meisten bewegt. Wir setzten uns im Kreis um ihn zusammen und er begann zu sprechen. Details seiner Geschichte möchten wir allen ersparen. Doch wir waren alle sehr bewegt.

Wir begegneten mit Erhans Übersetzungshilfe verschiedenen NGOs, z.B. dem Verein Tuhay-Der. Als Vereinsvorstand amtiert Edibe Babur, die ehrenamtlich politische Gefangene und deren Familien unterstützt. Unerschrocken erzählte sie, dass gegen sie wegen Presseerklärungen, in denen sie die Rechte von Gefangenen einfordert, 13 Verfahren anhängig sind. Bei den Rechten geht es um Grundrechte – etwa das Recht auf medizinische Behandlung, auf soziale Kontakte, auf körperliche Unversehrtheit, auf angemessene Ernährung und um das Verbot von Folter.

Als Beispiel nannte sie die Situation von Abdullah Öcalan, des Gründers der bewaffneten Befreiungsorganisation PKK. Sie meinte, solange der türkische Staat dessen Gefangenrechte nicht einhalte, werde es für alle Gefangenen keine Besserung ihrer Situation geben. Während Edibe Babur sprach, lief im Hintergrund der Fernseher, der alte Videos von Abdullah Öcalan zeigte, als er, noch frei in den Kandilbergen, bewaffneten Widerstand gegen den türkischen Staat leistete. Öcalan ist seit seiner Gefangennahme 1999 in Isolationshaft

und seit 2011 wurden seine Rechte auf Rechtsanwaltsbesuch und Kontakt zu seiner Familie massiv eingeschränkt. Seit zwei Jahren darf er weder telefonisch noch schriftlich mit seiner Familie oder seinen Rechtsanwältinnen in Kontakt treten. Auch wurden ihm mehrmals Bücher und zensierte Zeitungen vorenthalten, Papier und Stift weggenommen. So saß er monatelang allein in seiner Zelle, ohne Möglichkeiten, sich zu beschäftigen. Da seit zwei Jahren jeglicher Kontakt zu ihm verweigert wird, weiß niemand, wie es ihm geht. Diese Haftbedingungen sind gegen die UN-Menschenrechtskonvention und gelten als psychische Folter.

Edibe schien mit sich im Frieden. Sie hatte offenbar ihren Weg gefunden, um gewaltfrei ihrem Zorn und ihrer Entschlossenheit, für die Selbstbestimmung des kurdischen Volkes zu kämpfen, Ausdruck zu verleihen. Sie hat mich tief beeindruckt.

Eine zweite bemerkenswerte Frau ist Hanim Kaya im Verein MEBYADDER. Dieser unterstützt Personen, die Angehörige durch staatliche Gewalt verloren haben. Kaya hilft den Familien bei der Beerdigung ihrer Verwandten. Oft muss sie um die Herausgabe der Leichen kämpfen. Wenn Folter oder Giftgas im Spiel ist, werden tote Angehörige oft nur in einem verschlossenen gelben Sack übergeben, der nicht geöffnet werden darf. Das hat zur Folge, dass Angehörige im Zweifel sind, ob es sich tatsächlich z. B. um ihren Sohn oder Tochter handelt. Oft werden solche Menschen anonym begraben, ohne Benachrichtigung ihrer Familien. Die Eltern sind meist einfache Leute, die hilflos, ohnmächtig und in Trauer vor dieser Situation stehen.

Eine dritte Begegnung, die uns sehr beeindruckt hat, war die mit Gülsen Kurt. Kurt ist im Vorstand des Vereins Serhat Göç-Der, der sich um Vertriebene und Geflüchtete kümmert. Der Verein entstand in den 90er Jahren, als 3.500 Dörfer durch den türkischen Staat zerstört und die Einwohner*innen vertrieben wurden. Sie flüchteten in die Großstädte. Gülsen Kurt war damals eine von ihnen. In den letzten Jahren sind geflüchtete Menschen aus dem Ausland dazugekommen. Nach den Erdbeben im Februar 2023 unterstützt der Verein zahlreiche Familien, die nach Van geflüchtet sind und kein Obdach haben.

Am nächsten Tag unseres Besuches erfuhren wir, dass neun Frauen, Mitglieder von NGOs, am Morgen festgenommen wurden. Ihnen wurde vorgeworfen, am 8. März, dem Weltfrauentag, das Grab einer weiblichen Guerillaangehörigen aufgesucht zu haben. Die drei oben genannten Frauen waren unter ihnen. Inzwischen wurden sie freigelassen. Ihnen drohen jedoch Anklagen mit Haftstrafen.

Neşmil GhassemLou



Foto: ANF News

KUNDGEBUNG DER YEŞİL-SOL-PARTEI (YSP) IN VAN, MAI 2023

Der gescheiterte Sturz eines Autokraten

Am 28. Mai 2023 wurde Erdoğan's Präsidentschaft in einer Stichwahl mit rund 52 Prozent der Stimmen bestätigt. Damit entscheidet ein reaktionäres, nationalistisches und islamistisches Bündnis die Wahl für sich. Was bedeutet dieses Ergebnis für die Türkei?

Trotz der zerstörerischen Erdbeben im Februar 2023 hielt Erdoğan am Termin der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai fest. Die Hoffnung der Opposition war groß, dass sich viele zu diesem Zeitpunkt gegen die Wiederwahl Erdoğan's entscheiden würden. Das war ein zentrales Thema während unseres Besuchs im März. Viele Menschen stehen vor existenziellen Problemen durch das miserable Katastrophenmanagement der Regierung nach den Erdbeben, die schwere Wirtschaftskrise und die hohe Inflationsrate. Erdoğan's Versprechen, die zerstörten Städte innerhalb eines Jahres wieder aufzubauen, wirkt in Anbetracht der tatsächlichen Lage vor Ort hohl. Dass es dennoch eine große Herausforderung sein würde, Erdoğan aus der Position zu heben, war von Anfang an klar. Durch die Kontrolle aller staatlichen Institutionen verfügt Erdoğan über die administrativen, wirtschaftlichen und finanziellen Mittel, um sich in Stellung zu bringen. Seine Bau- und Infrastrukturprojekte und die Förderung der islamischen Religion machen Eindruck bei seiner Wählerschaft. Zugleich war klar, dass Erdoğan eine Absetzung nicht einfach akzeptieren würde. Die Angst im Vorfeld war groß, seine Abwahl könnte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen.

Um Erdoğan etwas entgegenzusetzen, entschied die pro-kurdische YSP (Grüne Linke), trotz politischer Differenzen das kemalistische Bündnis – den sogenannten „Sechsertisch“ unter Führung von Kemal Kılıçdaroğlu (CHP) – zu unterstützen. Es war klar, dass nur ein breites Bündnis dem zentralistischen Staatsapparat von Erdoğan etwas entgegenzusetzen könne und die kurdischen Wähler*innen dabei einen entscheidenden Unterschied machen. Indem sie keinen eigenen Kandidaten aufstellte, signalisierte YSP ihren Wähler*innen eine Wahlempfehlung für Kılıçdaroğlu. Mit ihm verband sich die Hoffnung, dass das von Erdoğan errichtete Präsidialsystem wieder abgeschafft, ein Teil der politischen Gefangenen freigelassen und die demokratische Zivilgesellschaft zumindest eine gewisse Zeit lang wieder etwas mehr Luft zum Atmen bekommen würden. Zugleich waren auch am „Sechsertisch“ islamistisch orientierte Parteien beteiligt, wie die İYİ-Partei, eine Abspaltung der mit Erdoğan koalieren-

den rechtsextrem-nationalistischen MHP. Die MHP ist der politische Arm der Grauen Wölfe. Auch Kılıçdaroğlu bediente sich im Wahlkampf rechter Rhetorik. So warb er u.a. mit der Abschiebung von syrischen Geflüchteten. Das Ziel, hierdurch Stimmen aus dem rechten Spektrum zu erhalten, ging letztlich jedoch nicht auf.

Knapper Sieg trotz ungleicher Startpositionen

Internationale Wahlbeobachter*innen kamen zu dem Schluss, dass es sich nicht um eine faire Wahl gehandelt habe. Erdoğan nutzte für seinen Wahlkampf die größtenteils staatlich kontrollierten Medien für Desinformation und überproportionale Präsenz. Auch in privaten Sendern war er unverhältnismäßig oft vertreten. Propaganda gegen Minderheitengruppen lenkte den Fokus weg von der wirtschaftlichen Krise und dem Missmanagement nach den Erdbeben. Kurz vor den Wahlen kam es zu großangelegten Razzien mit über 150 Festnahmen gegen Oppositionelle. Davon betroffen waren vor allem kurdische Journalist*innen, die kritisch über die Wahl berichtet hatten, sowie kurdische Anwalt*innen, die als Wahlbeobachter*innen eingesetzt werden sollten und oppositionelle Politiker*innen.

Ungleiche Ausgangsbedingungen gab es auch unter den Parteien. Der links-demokratischen Partei HDP (Partei der Völker) drohte ein Parteiverbot kurz nach den Wahlen. Deshalb gründete sich die „Grüne Linke“ Partei *Yeşil Sol* (YSP), um mit vergleichbaren Inhalten und Zielen anstelle der HDP anzutreten. Für ihre Wähler*innen ist die Situation nicht neu. In der Vergangenheit ist es immer wieder zu solchen Parteiverboten und Neugründungen gekommen. Dennoch erlitt die Partei Stimmverluste. In den Parlamentswahlen von 2018 erreichte die HDP 11,7 Prozent. Die YSP hingegen erzielte dieses Mal nur noch 8,8 Prozentpunkte.

Die Anhänger Erdoğan's nutzten während des Wahlvorgangs Einschüchterungstaktiken gegenüber oppositionellen Wähler*innen. Zudem kam es zu Angriffen auf Wahlbeobachter*innen in den Wahllokalen. Auch in Deutschland sind Einschüchterungstaktiken von Erdoğan-Anhängern vor den Konsulaten immer wieder ein Thema. In Köln und München gab es außerdem bei den Konsulaten Unregelmäßigkeiten. Kurdische Wähler konnten sich zwischenzeitlich dort nicht für die Wahl registrieren.



In der oppositionellen Region Şırnak kam es in der Wahlnacht vom 14. auf den 15. Mai zu Tränengasangriffen durch die türkische Polizei. Es wurde berichtet, AKP-Anhänger liefen mit Langwaffen durch die Straßen. Schüsse seien zu hören gewesen. Vermutlich eine Reaktion auf die lokalen Wahlergebnisse. Kılıçdaroğlu wurde in der Region mit 76 Prozent der Stimmen gewählt. Die YSP lag bei 65 Prozent.

Wie weiter nach dem Wahlsieg der AKP-Regierung?

Es war eine organisatorische Mammutaufgabe, die vom Erdbeben betroffenen Wähler*innen zurück an die Wahlurnen ihrer Herkunftsregionen zu bringen. Aber sie wurde bewältigt. Beeindruckende 87 Prozent aller Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl am 14. Mai. Trotz des großen Engagements demokratischer Kräfte konnte sich das Bündnis aus rechtsextremen, nationalistischen und islamistischen Parteien rund um die AKP für die nächsten fünf Jahre durchsetzen. Für die demokratische Zivilgesellschaft in der Türkei ist das ein herber Rückschlag. Das AKP-Bündnis hatte zuvor schon angekündigt, die Rechte von Frauen weiter einzuschränken. Abermals in die Ferne gerückt ist auch die Hoffnung, politische Gefangene könnten wieder freigelassen werden, allen voran der HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş. Von weiteren politisch motivierten Verhaftungen ist auszugehen. Das HDP-Verbotsverfahren ist weiterhin nicht entschieden. Auch eine wirtschaftliche Stabilisierung ist vorläufig nicht in Sicht. In den Monaten vor der Wahl hatte die Regierung die Währung künstlich stabilisiert, um die Kaufkraft der Wähler zu stärken und damit die Zentralbank geschwächt. Offen bleibt, ob die neue Chefin der Zentralbank Hafize Gaye Erkan und der Wirtschaftsminister Mehmet Şimşek es schaffen, den von Erdoğan beschrittenen Wirtschaftskurs in Zukunft zu stabilisieren. Zu befürchten ist außerdem, dass die Aufrüstung islamistischer Gruppen durch die AKP-Regierung die Region weiter destabilisiert. Hierzu zählen auch die verstärkten Angriffe der Türkei auf Nordsyrien (Rojava) seit der Wahl.

Klar ist jedoch, dass die neue Regierung vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen steht. Es bleibt offen, ob polarisierende Regierungspraktiken wie das Schüren von türkischem Nationalismus und der Krieg gegen die Kurd*innen auch in Zukunft die bröckelnde Wirtschaft kaschieren und somit den Rückhalt Erdoğan's in der Bevölkerung sichern können.

Susanne Dyhr

Reise in die Türkei 14.–27. März 2024

Unsere Solidarität mit den Aktiven der türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft ist angesichts der restriktiven Regierungspolitik nötiger denn je. Wir wollen auf unserer Reise Menschen und Organisationen in Diyarbakir und anderen Städten im Südosten besuchen und unsere Erfahrungen mit der deutschen Botschaft in Ankara teilen.

Kontakt für weitere Informationen:
Dr. Gisela Penteker,
g.penteker@gmail.com





Ein Brief zur Wiederwahl von Präsident Erdoğan

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Ergebnis der Wahlen und der Stichwahl in der Türkei am 14. und 28. Mai 2023 haben viele Erwartungen zerstört. Viele hatten auf einen Wechsel in der Türkei gehofft und sind enttäuscht. Der Weg der Türkei in einen Rechtsstaat mit demokratischen Strukturen ist auf Jahre verbaut. Erdoğan wird den Weg zu einem weiteren Ausbau der Autokratie nutzen. Anstatt nach seinem Wahlsieg die Hand zur Versöhnung zu reichen, sät er Hass und sagt der Opposition den Kampf an. Von einer fairen Wahl zu sprechen, ist eine Farce. Der Wahlkampf war geprägt durch die Bevorzugung Erdoğan's in den gleichgeschalteten Medien.

Wer versöhnen will und nicht spalten, der muss die Hand reichen, der muss die notwendige Versöhnung mit den Kurdinnen und Kurden einleiten. Ein Weg dazu wäre die sofortige Freilassung des seit sieben Jahren inhaftierten früheren HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş, wäre die sofortige Aufhebung des angedrohten Verbots der HDP. Die inhaftierten politischen Gefangenen müssen freigelassen werden – die Gewerkschafter, Journalisten, Wissenschaftler, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, stellvertretend nenne ich die Bürgermeisterin Gültan Kışanak und Adnan Selçuk Mızraklı aus Diyarbakir. Das Verfahren gegen den Istanbul Bürgermeister Ekrem Imamoglu muss eingestellt werden, der Kulturmäzen Osman Kavala sofort freigelassen.

Nach der Wahl Erdoğan's gab es natürlich sofort Gratulationen von seinen besonderen Bündnispartnern, von Wladimir Putin, dem Emir von Katar, den Taliban, Viktor Orban und dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi. Natürlich auch von Staatsoberhäuptern und Regierungschef*innen aus der ganzen Welt. Doch wenn Ursula von der Leyen twittert, die „EU-Türkei-Beziehungen weiter auszubauen“, erwarte ich, dass dieses nur auf der Basis der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei geschieht.

Als langjähriger Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei ist für mich klar, dass diese Türkei nicht Mitglied der EU werden kann. Und ob die Türkei in die NATO gehört, ist mehr als zu hinterfragen.

Ich begrüße es, dass Bundeskanzler Olaf Scholz den türkischen Präsidenten nach Berlin eingeladen hat. Ich erwarte aber von ihm und der Bundesregierung auch, dass in den Gesprächen, die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert und durchgesetzt wird.

Dass die in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken zu 67,4 Prozent (in Essen zu knapp 79 Prozent) den Autokraten gewählt haben, wirft Fragen nach den Integrationsbemühungen der vergangenen Jahre auf. Da hilft auch nicht der Hinweis auf die „nur“ fünfzigprozentige Wahlbeteiligung. Wenn mehr als 500.000 Menschen einem Kandidaten die Stimme geben, der gegen Presse- und Meinungsfreiheit ist und nicht für demokratische Werte steht, ist das mehr als bedenklich. Ich stimme Cem Özdemir voll zu, wenn er fragt, was in Deutschland los ist, wenn die Anhänger Erdoğan's, die hier alle Freiheitsrechte haben, feiern, ohne für die Folgen ihrer Wahl einstehen zu müssen.

Und es ist auch zu hinterfragen, was unser Staat unternimmt, wenn bundesweit auf den Siegesfeiern nicht nur der Sieg eines Antidemokraten gefeiert, sondern islamistische Sprechchöre angestimmt und Symbole der rechtsextremen Organisation der Grauen Wölfe gezeigt werden, einer Organisation, die verantwortlich ist für Morde an politischen Gegnern und Angehörigen religiöser und ethnischer Minderheiten. Es wird Zeit, die Grauen Wölfe in Deutschland zu verbieten, und zwar sofort.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Wählerinnen und Wähler haben entschieden. Die Hoffnung auf eine demokratische Türkei ist vertan, vorerst, aber das demokratische Europa ist gefordert.

Dr. Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister a.D. von Hannover



Schreiben der Neuen Richtervereinigung an Außenministerin Baerbock

Menschenrechtswidrige, lang andauernde Kontaktsperre des auf der Gefängnisinsel Imrali/Türkei inhaftierten Abdullah Öcalan

Sehr geehrte Frau Ministerin,

wir wenden uns an Sie mit der Bitte, sich ohne Zögern bei der türkischen Regierung dafür einzusetzen, dass der auf der Gefängnisinsel Imrali in der Türkei seit 24 Jahren inhaftierte, 74 Jahre alte Abdullah Öcalan umgehend Kontakt mit seinen Rechtsanwälten und Familienangehörigen aufnehmen kann. Wie wir vor Kurzem erfahren haben, ist Herr Öcalan seit vielen Jahren von der Außenwelt abgeschnitten. Um etwaige Beeinträchtigungen seiner Gesundheit, vielleicht sogar Gefahren für sein Leben abzuwenden, aber auch um ihm die gerichtliche Überprüfung etwaiger Disziplinarmaßnahmen und Kontakte mit seiner Familie zu ermöglichen, bitten wir Sie um Ihre Intervention.

Eine Gruppe von Deutschen verschiedener Berufe, unter ihnen die Unterzeichnende, hat vom 13. bis 22. März 2023 Van und Diyarbakir in der Türkei besucht, vor allem, um sich über die Folgen der schweren Erdbeben von Anfang Februar 2023 zu informieren und Möglichkeiten für finanzielle Hilfeleistung zu erkunden.

Bei dieser Gelegenheit hat Rechtsanwalt Mazlum Ding, einer der Rechtsvertreter von Herrn Öcalan, uns darüber informiert, dass dieser seit August 2019 keine Besuche seiner Anwälte mehr erhalten darf und ihm auch keine Telefongespräche mit diesen gestattet werden. Ebenso wenig findet ein Briefkontakt statt. Seine Anwälte wissen nicht, ob er die Briefe, die sie ihm regelmäßig schreiben, überhaupt bekommt.

Seit dem 3. März 2020 dürfen ihn auch Familienangehörige nicht mehr besuchen. Ein letztes Telefongespräch, das nach nur wenigen Minuten unterbrochen wurde, hat mit seinem Bruder am 25. März 2021 stattgefunden. Das heißt: Seit diesem Tag haben seine Anwälte und seine Familienangehörigen überhaupt kein Lebenszeichen mehr von ihm erhalten.

Das Vorgehen der türkischen Behörden gegenüber Herrn Öcalan bringt große Gefahren für sein Recht auf Leben (Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention) mit sich. Angesichts der langandauernden Isolation, die möglicherweise noch durch Kontaktbeschränkungen gegenüber den drei Mitgefangenen verstärkt wird, ist es, gerade auch wegen des fortgeschrittenen Lebensalters und der langen Haftdauer von Herrn Öcalan naheliegend, dass sich sein Gesundheitszustand bereits erheblich verschlechtert hat.

In jedem Fall stellt die Kontaktsperre eine schwerwiegende Verletzung des Rechts auf Zugang zu einem Gericht (Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention) dar. Von türkischen Behörden und Gerichten, die seine Rechtsanwälte angerufen haben, wurden die Maßnahmen als Disziplinarstrafen gerechtfertigt. Dagegen kann Herr Öcalan nicht gerichtlich vorgehen, weil ihm die Beratung und Klageerhebung durch einen Anwalt verwehrt wird (vgl. Europäische Menschenrechtskonvention, Golder vs. UK vom 21. Februar 1975). Hinzu kommt, dass nicht einmal seine engsten Angehörigen ihn besuchen dürfen. Darin liegt eine eklatante, völlig unakzeptable Verletzung des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Artikel 5 Europäische Menschenrechtskonvention

Das Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe des Europarats hat die Gefängnisinsel Imrali im September 2022 besucht. Ein Bericht wurde bisher nicht veröffentlicht.

Ingrid Heinlein

Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht a.D.
Sprecherin der Fachgruppe Internationales der Neuen
Richtervereinigung

Newroz 2023 in Diyarbakir



Reiseeindrücke



VAN: VAN-SEE



AKDAMAR



AKDAMAR



AKDAMAR

Reiseindrücke



SUR: VIERFÜSSIGES MINARETT



STRASSE IM NEUEN SUR



Projekte in Planung

Unsere Gesprächspartner*innen aus der Türkei sind vom **25. September bis 7. Oktober 2023** in verschiedenen deutschen Städten zu Gast. Sie werden sich mit deutschen Gruppen über medizinische, psychologische und friedenspädagogische Arbeit austauschen und Netzwerke knüpfen.

14. bis 27. März 2024: IPPNW-Delegationsreise in den Südosten der Türkei. Interessierte bitten wir, sich bei uns zu melden: g.penteker@gmail.com

Spenden

Für die Finanzierung dieser Reise sind wir auf Spenden angewiesen. Wenn Sie das Projekt unterstützen möchten, nutzen Sie unser Direktspendentool oder spenden Sie auf das IPPNW-Konto bei der GLS-Bank, IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01 – Stichwort: Türkei

Direktspende online:
ippnw.de/bit/direktspende

Weiterlesen

Unsere Blogbeiträge, blog.ippnw.de/tag/turkei

Amnesty International, www.amnesty.de

Medico international, www.medico.de

Neue Richtervereinigung, juristsforjurists.de

Demokratisches Türkeiforum, www.tuerkeiforum.net

Civaka Azad, civaka-azad.org

Azadi Rechtshilfefonds, www.nadir.org/azadi

TIHV Englisch, en.tihv.org.tr

IHD Englisch, ihd.org.tr/en

**Diesen Reisebericht
können Sie im IPPNW-
Shop bestellen:
shop.ippnw.de**

**Online-Version unter:
www.issuu.com/ippnw**



Zur Reiseleitung:

Dr. Gisela Penteker ist Allgemeinärztin i. R. in Otterndorf an der Nordsee und seit 1983 Mitglied der IPPNW. Seit über 20 Jahren führt sie gemeinsam mit dem Dipl.-Sozialpädagogen Mehmet Bayval aus Frankfurt (Main) Delegationsreisen in die Türkei/Kurdistan durch.

Autor*innen des Berichts:

Susanne Dyrh, Johanna Gaub, Neşmil Ghassemliou, Ingrid Heinlein, Gisela Penteker, Friedrich Roelingh, Herbert Schmalstieg, Uwe Weitzmann. Serra Bucak unterstützte die Gruppe als Dolmetscherin.

Endredaktion: Dr. Gisela Penteker, Regine Ratke, Angelika Wilmen
Layout: IPPNW e. V. / Regine Ratke

© IPPNW e. V., September 2023

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.

Bestellung:

shop.ippnw.de oder in der IPPNW-Geschäftsstelle:
IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs,
Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V.

Körtestraße 10, 10967 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 698 074 – 0

Fax: +49 (0) 30 683 81 66

ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

